

*Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:*

Aregger, Béguelin, Blocher, Bonny, Debons, Eggly, Fankhauser, Giezendanner, Grobet, Langenberger, Oehrli, Pini, Ruffy, Sandoz Marcel, Tschuppert, Zapfl (16)

*Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas:*

Heberlein (1)

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

97.028

## Energie-Umwelt-Initiative. Solar-Initiative

### Initiative énergie et environnement. Initiative solaire

*Schlussabstimmung – Vote final*

Siehe Seite 2086 hiervoor – Voir page 2086 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 8. Oktober 1999  
Décision du Conseil des Etats du 8 octobre 1999

**Bührer** Gerold (R, SH): Die grosse Mehrheit der FDP-Fraktion hat seit Anbeginn der Beratungen aus grundsätzlichen Überlegungen heraus nein zum Gegenvorschlag zur Solar-Initiative, also zur Förderabgabe, gesagt. Wir bleiben bei dieser Position. Wir können diesem Weg aus grundsätzlichen Erwägungen nicht zustimmen.

Zu mehr Marktwirtschaft, auch in der Ökologie, haben wir stets ja gesagt. Wir haben ja gesagt zu mehr Mitteln für die Grundlagenforschung im Bereich der erneuerbaren Energien. Wir sagen aber nein zu einer reinen Ressourcensteuer, welche von den Prinzipien einer Lenkungsabgabe weit weg ist. Wir sagen nein zu dieser Förderabgabe, weil sie die Steuerquote und die Staatsquote erhöhen und eine neue bürokratische Subventionsmaschinerie in Gang setzen wird.

Allen Beteuerungen und allen guten Absichten – die wir respektieren – zum Trotz halten wir fest, dass mehr Steuern und verstärkte staatliche Investitionslenkung in der Vergangenheit nie Erfolg hatten. Wir halten fest, dass mehr Verteilbürokratie, weniger Konkurrenzfähigkeit unserer Wirtschaft und weniger Chancen für zukunftssträchtige Arbeitsplätze die Hinterlassenschaft einer solchen Politik waren.

Gerade weil wir die ökonomischen und ökologischen Herausforderungen ernst nehmen, können wir dieser Steuer, die unter dem Deckmantel der Ökologie daherkommt, nicht zustimmen. Sie können auch – vorbehaltlich der Beschlüsse unserer Partei – davon ausgehen, dass wir diese Vorlage anlässlich der Volksabstimmung bekämpfen und dabei einmal mehr auf die Vernunft der Mehrheit unserer Stimmberechtigten zählen werden.

**Speck** Christian (V, AG): Die SVP-Fraktion lehnt die Gegenvorschläge zur Energie-Umwelt-Initiative wie auch zur Solar-Initiative und den Förderabgabebeschluss klar ab. Wir vertreten dabei die ursprüngliche Haltung des Bundesrates, der die beiden überlappenden Initiativen ohne Gegenvorschläge zur Ablehnung empfohlen hat.

Unserer Meinung nach muss die ökologische Steuerreform mit der neuen Finanzordnung angegangen werden. Die neuen erneuerbaren Energien werden bereits heute mit namhaften Beträgen aus den Forschungsgeldern im Betrag von 200 Millionen Franken gefördert. Am Markt aber sollen sie sich ohne neue, jahrzehntlang währende Subventionen behaupten. Es ist geradezu paradox, heute neue Subventionen einzuführen. Mit den Vorlagen werden wir eine halbe Milliarde Franken neue Steuern beschliessen, dazu werden mit der Grundnorm ab 2004 gegen 3 Milliarden Franken pro Jahr

umverteilt. Mit der CO<sub>2</sub>-Abgabe stehen weitere 2,5 Milliarden Franken pro Jahr zur Diskussion. Die SVP-Fraktion lehnt diese gigantischen neuen Steuern und Umverteilungen ab, sie belasten Industrie, Gewerbe und Konsumenten.

Im Gegensatz zu anderen bürgerlichen Parteien, die zwar einen Steuerstopp propagieren, bekämpften wir diese neuen Steuern und Abgaben im Energiebereich von Beginn an. Ich war sehr erfreut, von Herrn Bührer zu hören, dass sich nun auch die FDP-Fraktion entschlossen hat, gegen diese neuen Steuern anzutreten. Ich gratuliere Ihnen und freue mich, mit Ihnen zusammen den Abstimmungskampf zu führen. In einer Zeit der Markttöffnung ist es erstaunlich, dass die Mehrheit in diesem Saal ohne Rücksicht auf Verluste, zwei Jahre nach der Erhöhung der Wasserzinsen, die Energie für alle erneut verteuern will, um einige wenige zu subventionieren.

Die SVP-Fraktion wird den Gegenvorschlägen nicht zustimmen und den Abstimmungskampf gegen die Initiativen und die Gegenvorschläge führen.

**Teuscher** Franziska (G, BE): Die Idee der ökologischen Steuerreform ist ein Kind der Grünen. Weil wir uns doch alle um unsere Kinder sorgen, verfolgten die Grünen die Debatte um die Energie-Umwelt-Initiative, die Solar-Initiative und die entsprechenden Gegenentwürfe aufmerksam und sehr besorgt.

So, wie sich jetzt der Gegenentwurf zur Energie-Umwelt-Initiative, die sogenannte Grundnorm, präsentiert, hat dieser zwei schwerwiegende Mängel:

1. Die Energieabgabe wird in der Verfassung auf maximal 2 Rappen festgelegt. Damit wird die Wirkung der Lenkungsabgabe gebremst, bevor sie sich überhaupt entfalten kann.
2. Der Ertrag der Energieabgabe wird zur Senkung der Lohnnebenkosten verwendet. Pensionierte, Studierende und Hausfrauen gehen leer aus.

Die vorgeschlagene Energieabgabe ist knapp umweltverträglich, aber kaum sozialverträglich. Die grüne Fraktion stand vor einem Dilemma: Sollten wir die jetzt vorliegende Grundnorm als Zeichen in Richtung ökologische Steuerreform werten, oder wird damit die ökologische Steuerreform im Keim erstickt? Wir entschieden uns für letzteres.

Daher lehnen wir den Bundesbeschluss über die Energie-Umwelt-Initiative ab. Mit der Initiative «für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern» haben die Grünen den Weg zu einer echten ökologischen Steuerreform vorgespurt. Auch die Rappenspalterei beim Gegenentwurf zur Solar-Initiative bereitete der grünen Fraktion einiges Kopfzerbrechen. Bei einer Förderabgabe von 0,6 Rappen pro Kilowattstunde gestartet zu sein, um dann bei 0,3 Rappen zu enden, ist umweltpolitisch kaum ein Erfolg.

Ohne Begeisterung stimmt die grüne Fraktion aber diesem parlamentarisch kleinsten gemeinsamen Nenner zu. Mit den 0,3 Rappen ist der Weg für eine Lenkungsabgabe vorgespurt.

So bleibt uns am Ende dieser Legislatur zu hoffen, dass das neue Parlament auf diesem Weg grössere Schritte machen oder sogar zu richtigen Sprüngen ansetzen wird.

**Baumberger** Peter (C, ZH): Die CVP-Fraktion unterstützt die Gesamtheit der Energievorlagen in der vorliegenden, stark von den CVP-Kommissionsmitgliedern geprägten Form. Wir tun dies, weil wir echte Lenkungsabgaben im Sinne des Grundsatzes «Energie statt Arbeit besteuern» – also im Sinne der Grundnorm – für den umwelt- und energiepolitisch richtigen Weg halten. Wir unterstützen jedoch auch die Übergangsbestimmung und den Förderabgabebeschluss, weil wir einerseits der Meinung sind, dass für die Förderung erneuerbarer Energien und für Energieeffizienz befristete und massvolle Anschub- und Forschungsbeiträge zweckmässig sind. Andererseits ist deren Bedarf auch ausgewiesen, weil wir andererseits für die Wasserkraft etwas tun möchten. Wir unterstützen diese Vorlagen insbesondere aus vier Gründen:

1. Mit dieser Vorlage kann die Elektrizitätsmarkttöffnung für die Wirtschaft und die Konsumenten rasch durchgeführt werden. Die Resultate der Elektrizitätsmarkttöffnung werden bei

weitem das überkompensieren, was uns diese befristeten Energieabgaben jetzt kosten. Ich bitte jene, die dagegen sind – auch jene aus der FDP-Fraktion –, sich doch auch diesen Aspekt zu überlegen. Ich wäre sehr erfreut, wenn ich sähe, dass auch gewisse FDP-Mitglieder vielleicht doch noch zustimmen.

2. Zu den Beiträgen zugunsten der Wasserkraft, wenn auch in engen Grenzen: Denken Sie an die NAI-Regelung, die wir getroffen haben! Diese liegt vor allem im Interesse unserer Gebirgskantone und damit auch im Interesse des Zusammenhaltes unseres Landes. Ich glaube, das ist heute etwas Wichtiges.

3. Die 0,3 Rappen pro Kilowattstunde sind beschränkt auf 10 Jahre und nicht auf Jahrzehnte, Herr Speck. Die Energieabgaben sind von der Höhe und der Befristung her so angesetzt, dass sie dazu zwingen, keine Streusubventionen auszurichten, sondern das zu subventionieren, was wirklich im eingangs erwähnten Sinne wichtig ist.

4. Denken Sie daran, dass nicht nur einzelne Branchen unserer Wirtschaft von den Förderbeiträgen profitieren. Es wird auch generell etwas für die Wirtschaft getan, indem auch Mittel für die CO<sub>2</sub>-Reduktionsmassnahmen zur Verfügung stehen werden.

Die CVP-Fraktion geht insgesamt davon aus, dass nicht nur wir diesen Vorlagen mit gutem Gewissen zustimmen können, sondern dass das ganze Parlament dies tun kann.

**Rechsteiner** Rudolf (S, BS): Die SP-Fraktion ist für eine zügige Öffnung des Strommarktes. Es kann aber keine Strommarktiliberalisierung geben, wenn dabei die Wasserkraft zugrunde gerichtet wird. Es gibt keine Strommarktiliberalisierung ohne Energieabgaben und flankierende Massnahmen! Wir werden die Strommarktiliberalisierung bekämpfen, wenn zu den erneuerbaren Energien nicht Sorge getragen wird. Mit den nun vorliegenden Beschlüssen sind die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass wir eine innovative und umweltfreundliche Politik weiterverfolgen und konkretisieren können.

Durch den Förderabgabebeschluss werden in diesem Land Zehntausende von neuen Arbeitsplätzen geschaffen. Zudem wird uns dadurch der Zugang zu Technologien geöffnet werden, mit denen wir auch in Zukunft im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig bleiben können. Die Energie-Umwelt-Initiative bzw. der Gegenvorschlag sorgt dafür, dass die Lohnnebenkosten gesenkt werden; bei der Energie wird Kostenwahrheit hergestellt. Damit wird der Faktor Arbeit entlastet. Dies verbessert die Konkurrenzfähigkeit unseres Landes ebenfalls.

Wir wissen, dass diese Beschlüsse zahlreiche Gegner haben. Aber nicht immer kann man mit Geld Abstimmungen gewinnen. Wir verfügen über eine sehr breite Allianz von vernünftigen Leuten bis weit ins bürgerliche Lager hinein. Wir werden für diese Abstimmung und für eine lebenswerte Zukunft der Schweiz kämpfen.

**Scherrer** Jürg (F, BE): Die Fraktion der Freiheits-Partei wird die neuen Energiesteuern und Lenkungsabgaben selbstverständlich ablehnen. Die neuen Steuern werden insgesamt zu einer höheren Fiskalbelastung der Bürger führen. Die neuen Steuern sind klar definiert, während die angebliche Kompensation doch ganz vage gehalten ist! Was Sie hier beschliessen, wird eine reine Geldumverteilung sein, und zwar von wirtschaftlich konkurrenzfähigen Energieträgern zu solchen, die unter normalen Bedingungen am Markt wenig bis keine Chance haben. Mit der reinen Umverteilung von Geld wird aber keine Wertschöpfung erzielt. Wenn hier aufgrund von Planwirtschaft Arbeitsplätze geschaffen werden, dann wird dies auf der anderen Seite ein Mehrfaches an Arbeitsplätzen kosten.

Diese Entwicklung kann die Freiheits-Partei nicht mitverantworten; darum lehnt unsere Fraktion sämtliche Vorlagen ab.

## **A. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «für die Belohnung des Energiesparens und gegen die Energieverschwendung (Energie-Umwelt-Initiative)»**

### **A. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «destinée à encourager les économies d'énergie et à freiner le gaspillage (Initiative énergie et environnement)»**

*Namentliche Abstimmung*

*Vote nominatif*

(Ref.: 3614)

*Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*

Aeppli, Aguet, Alder, Antille, Baader, Banga, Baumann Alexander, Baumann Stephanie, Baumberger, Béguelin, Berberat, Binder, Bircher, Blaser, Borel, Borer, Carobbio, Cavadini Adriano, Cavalli, Chiffelle, Christen, Columberg, Comby, de Dardel, Donati, Dormann, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Ehrler, Engelberger, Engler, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fässler, Fehr Jacqueline, Fehr Lisbeth, Freund, Frey Claude, Frey Walter, Gadiet, Geiser, Goll, Grobet, Gross Andreas, Gross Jost, Günter, Gysin Hans Rudolf, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Heim, Hess Peter, Hochreutener, Hubmann, Imhof, Jans, Jaquet, Jeanprêtre, Jossen, Jutzet, Kalbermatten, Keller Christine, Kühne, Lachat, Lauper, Leemann, Leu, Leuenberger, Loeb, Lötscher, Maitre, Marti Werner, Maurer, Maury Pasquier, Meyer Theo, Meyer Thérèse, Müller-Hemmi, Nabholz, Oehrlí, Pelli, Philipona, Raggenbass, Ratti, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Roth, Ruckstuhl, Ruffy, Rychen, Sandoz Marcel, Schaller, Schmid Odilo, Schmid Samuel, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Semadeni, Simon, Spielmann, Stamm Judith, Strahm, Stump, Suter, Thanei, Tschäppät, Tschopp, Vallender, Vermot, Vogel, Vollmer, von Allmen, Weber Agnes, Weyeneth, Widmer, Widrig, Wittenwiler, Zbinden, Ziegler, Zwygart (124)

*Dagegen stimmen – Rejetent le projet:*

Bangerter, Baumann Ruedi, Beck, Bezzola, Blocher, Bonny, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühlmann, Bühler, Dettling, Dreher, Egerszegi, Fehr Hans, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Florio, Föhn, Friderici, Genner, Giezen-danner, Gonseth, Gros Jean-Michel, Guisan, Gusset, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Hess Otto, Hollenstein, Keller Rudolf, Kofmel, Kunz, Maspoli, Meier Hans, Moser, Mühlemann, Müller Erich, Ostermann, Pidoux, Randegger, Schenk, Scherrer Jürg, Scheurer, Schlüer, Speck, Stamm Luzi, Steffen, Steinemann, Steiner, Stucky, Teuscher, Theiler, Tschuppert, Vetterli, von Felten, Waber, Weigelt, Wyss (59)

*Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:*

Ammann Schoch, Kuhn, Ruf, Wiederkehr (4)

*Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:*

Aregger, David, Debons, Ducrot, Eggly, Fritschi, Grossbacher, Herczog, Langenberger, Pini, Steinegger, Zapfl (12)

*Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas:*

Heberlein (1)

## **B. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «für einen Solarrappen (Solar-Initiative)»**

### **B. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «pour l'introduction d'un centime solaire (Initiative solaire)»**

*Namentliche Abstimmung*

*Vote nominatif*

(Ref.: 3615)

*Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*

Aeppli, Aguet, Alder, Antille, Banga, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Béguelin, Berberat, Bircher, Blaser, Borel, Bühlmann, Carobbio, Cavadini Adriano,

Cavalli, Chiffelle, Christen, Columberg, Comby, David, de Dardel, Donati, Dormann, Dünki, Dupraz, Durrer, Eberhard, Ehrler, Engler, Epiney, Eymann, Fankhauser, Fasel, Fässler, Fehr Jacqueline, Frey Claude, Gadiant, Geiser, Genner, Goll, Gonseth, Grobet, Gross Andreas, Gross Jost, Grossenbacher, Günter, Gysin Remo, Haering Binder, Hafner Ursula, Hämmerle, Heim, Herczog, Hess Peter, Hochreutener, Hollenstein, Hubmann, Jans, Jaquet, Jeanprêtre, Jossen, Jutzet, Kalbermatten, Keller Christine, Kuhn, Kühne, Lachat, Lauper, Leemann, Leu, Leuenberger, Lötscher, Maître, Marti Werner, Maury Pasquier, Meier Hans, Meyer Theo, Meyer Thérèse, Müller-Hemmi, Nabholz, Oehrli, Ostermann, Pelli, Philipona, Pidoux, Raggenbass, Ratti, Rechsteiner Paul, Rechsteiner Rudolf, Rennwald, Roth, Ruckstuhl, Ruf, Ruffy, Sandoz Marcel, Schaller, Schmid Odilo, Semadeni, Simon, Spielmann, Stamm Judith, Strahm, Stump, Suter, Teuscher, Thanei, Tschäppät, Tschopp, Valender, Vermot, Vogel, Vollmer, von Allmen, von Felten, Waber, Weber Agnes, Weyeneth, Widmer, Widrig, Wiederkehr, Wittenwiler, Zbinden, Ziegler, Zwygart (125)

*Dagegen stimmen – Rejetent le projet:*

Baader, Bangerter, Baumann Alexander, Beck, Bezzola, Binder, Blocher, Bonny, Borer, Bortoluzzi, Bosshard, Brunner Toni, Bühler, Dettling, Dreher, Egerszegi, Fehr Hans, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, Fischer-Seengen, Florio, Föhn, Freund, Frey Walter, Friderici, Fritschi, Giezendanner, Gros Jean-Michel, Guisan, Gusset, Gysin Hans Rudolf, Hasler Ernst, Hegetschweiler, Hess Otto, Imhof, Keller Rudolf, Kofmel, Kunz, Loeb, Maspoli, Maurer, Moser, Mühlemann, Müller Erich, Randegger, Rycken, Schenk, Scherrer Jürg, Scheurer, Schlüer, Schmid Samuel, Seiler Hanspeter, Speck, Stamm Luzi, Steffen, Steinemann, Steiner, Stucky, Theiler, Tschuppert, Vetterli, Weigelt, Wyss (63)

*Der Stimme enthalten sich – S'abstiennent:*

Ammann Schoch, Engelberger, Schmied Walter (3)

*Entschuldigt/abwesend sind – Sont excusés/absents:*

Aregger, Debons, Ducrot, Eggly, Langenberger, Pini, Steinegger, Zapfl (8)

*Präsidium, stimmt nicht – Présidence, ne vote pas:*  
Heberlein (1)

*An den Bundesrat – Au Conseil fédéral*

99.401

**Parlamentarische Initiative  
(UREK-SR)**

**Förderabgabebeschluss**

**Initiative parlementaire  
(CEATE-CE)**

**Arrêté sur une taxe  
d'encouragement  
en matière énergétique**

*Schlussabstimmung – Vote final*

Siehe Seite 2087 hiervoor – Voir page 2087 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 8. Oktober 1999

Décision du Conseil des Etats du 8 octobre 1999

**Bundesbeschluss über eine Energieabgabe zur Förderung des wirksamen Energieeinsatzes und der erneuerbaren Energien**

**Arrêté fédéral concernant une taxe sur les énergies non renouvelables destinée à encourager une utilisation rationnelle de l'énergie et le recours aux énergies renouvelables**

**Fischer-Seengen Ulrich (R, AG),** Berichterstatter: In Übereinstimmung mit dem Ständerat möchte ich zuhänden der Materialien folgende Erklärung zum Inkrafttreten des Förderabgabebeschlusses abgeben:

Aufgrund der Initiative einer parlamentarischen Kommission hat die UREK-SR den Förderabgabebeschluss ausdrücklich als «Ausführungsgesetz» zu Artikel 24 der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung unterbreitet, der seinerseits ein direkter Gegenvorschlag zur Solar-Initiative ist. Im Bericht der Kommission war ursprünglich vorgesehen, den Förderabgabebeschluss zwar gleichzeitig mit der genannten Übergangsbestimmung zu behandeln, die Schlussabstimmung indessen auszusetzen, bis diese von Volk und Ständen gutgeheissen sei.

Nachdem nunmehr sowohl die als Verfassungsgrundlage dienende Übergangsbestimmung als auch der Ausführungserlass – der Förderabgabebeschluss – durch beide Räte bereinigt werden konnten, erscheint es sinnvoll, beide Vorlagen mit der Schlussabstimmung definitiv zu verabschieden, um beim Volk nicht den Eindruck zu erwecken, der Förderabgabebeschluss habe lediglich provisorischen Charakter.

Eine Schlussabstimmung über den Förderabgabebeschluss könnte sonst je nach Ansetzung der Volksabstimmung über die Solar-Initiative samt Gegenvorschlag eventuell erst Ende 2000 stattfinden. Damit würde diese Pendezenz allzulange bestehenbleiben. Um bei diesem Vorgehen indessen zu vermeiden, dass der Förderabgabebeschluss allenfalls trotz Ablehnung der Übergangsbestimmung Rechtskraft erlangt, wird vor der Schlussabstimmung im Sinne einer authentischen Interpretation durch den Gesetzgeber festgehalten, dass der Bundesrat den Förderabgabebeschluss erst in Kraft setzen darf, wenn Volk und Stände Artikel 24 der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung als Rechtsgrundlage zugestimmt und damit die entsprechende Verfassungsgrundlage dafür geschaffen haben.

Diese Erklärung wird beiden Räten vorgetragen.

*Namentliche Abstimmung*

*Vote nominatif*

(Ref.: 3616)

*Für Annahme des Entwurfes stimmen – Acceptent le projet:*

Aeppli, Aguet, Alder, Ammann Schoch, Antille, Banga, Baumann Ruedi, Baumann Stephanie, Baumberger, Béguelin, Berberat, Bezzola, Bircher, Blaser, Borel, Bühlmann, Carobio, Cavalli, Chiffelle, Christen, Columberg, Comby, David,

## **Energie-Umwelt-Initiative. Solar-Initiative**

### **Initiative énergie et environnement. Initiative solaire**

|                     |                                              |
|---------------------|----------------------------------------------|
| In                  | Amtliches Bulletin der Bundesversammlung     |
| Dans                | Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale    |
| In                  | Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale |
| Jahr                | 1999                                         |
| Année               |                                              |
| Anno                |                                              |
| Band                | V                                            |
| Volume              |                                              |
| Volume              |                                              |
| Session             | Herbstsession                                |
| Session             | Session d'automne                            |
| Sessione            | Sessione autunnale                           |
| Rat                 | Nationalrat                                  |
| Conseil             | Conseil national                             |
| Consiglio           | Consiglio nazionale                          |
| Sitzung             | 15                                           |
| Séance              |                                              |
| Seduta              |                                              |
| Geschäftsnummer     | 97.028                                       |
| Numéro d'objet      |                                              |
| Numero dell'oggetto |                                              |
| Datum               | 08.10.1999 - 08:00                           |
| Date                |                                              |
| Data                |                                              |
| Seite               | 2306-2308                                    |
| Page                |                                              |
| Pagina              |                                              |
| Ref. No             | 20 046 702                                   |

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.